

Bericht über die grüne Kreismitgliederversammlung am 08. Juli 2011

Kein echter Atomausstieg ohne Ende der Urananreicherung – darüber waren sich die Anwesenden auf der grünen Kreismitgliederversammlung am vergangenen Freitag einig. Udo Buchholz vom Arbeitskreis Umwelt in Gronau stellte Hintergründe und Dimensionen der Urananreicherungsanlage im Nachbarkreis Borken dar. Die Anlage versorge zahlreiche Atomkraftwerke weltweit mit Uranbrennstoff. Derzeit würden bereits etwa sieben Prozent des Weltmarktes durch die Anlage im Münsterland abgedeckt, eine Ausweitung der Produktion sei geplant. Die mangelnde Sicherheit der Anlage, z.B. bei Flugzeugabstürzen, sowie ein fehlendes Endlagerkonzept für den vor Ort gelagerten hochgiftigen Uranmüll stellen für Buchholz triftige Gründe für die sofortige Stilllegung der Anlage dar. Er äußerte deutliche Kritik an der Politik der rot-grünen Landesregierung, von der er den sofortigen Entzug der Betriebsgenehmigung für Gronau fordert. Auch zeigte er kein Verständnis für die grüne Zustimmung zum „Atomausstiegskompromiss“. Diese scharfe Kritik so nicht gelten lassen wollte Kreissprecher Simon Hiller. „Auf allen politischen Ebenen streiten Grüne für das Ende des gesamten Kernbrennstoffkreislaufs“, so Hiller. Ein auf Initiative der Landesregierung im Bundesrat beschlossener Stilllegungsantrag für die UAA in Gronau sei von der schwarz-gelben Regierung zurückgewiesen worden. Nun gelte es, den Druck auf die Bundesregierung aufrecht zu erhalten und weiter politische Initiative für einen umfassenden Atomausstieg zu ergreifen. Die Mitgliederversammlung regte an, weitere Handlungsoptionen in Bezug auf die geforderte Beendigung der Urananreicherung in Gronau im Rahmen einer Fachveranstaltung zu diskutieren.

Weiterhin hochaktuell ist für die Kreisgrünen das Thema unkonventionelles Erdgas. Kreissprecherin Sabine Lamboury freute sich, als sachkundige Gäste Mathias Elshoff und Markus Knäpper von der Interessengemeinschaft gegen Gasbohren in Nordwalde begrüßen zu können. Die beiden gaben einen interessanten Überblick über das Engagement von Gasbohrkritikern weltweit und den Stand der Vernetzung in Europa. Ein beeindruckender Erfolg konnte demnach in Frankreich erzielt werden, wo sich die Nationalversammlung für ein generelles Verbot des umstrittenen Fracking-Verfahrens ausgesprochen hat. Einen bedeutenden Schritt für mehr Wasser- und Ressourcenschutz auch in Deutschland habe nun die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf unternommen. Sie brachte einen Bundesratsantrag auf verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen im Rahmen der unkonventionellen Erdgassuche und Förderung ein. „Nun wird sich zeigen, wer es ernst meint mit Transparenz und Umweltschutz“, vermutete Helmut Fehr, Mitglied im grünen Kreisvorstand. Er betonte, wie wichtig kontinuierlicher öffentlicher Druck und die Kooperation zwischen Initiativen und Politik weiterhin seien.